

borderline-europe

Menschenrechte ohne Grenzen e.V.



STREIFLICHT

ITALIEN

April-Juni 2019

ITALIEN

- **Ausgang der Europawahlen in Italien**
- **Brief der UNO an Italien – Salvini wirft ihr inkorrektes Vorgehen vor**
- **Gegenbewegungen und Proteste**
- **Tritt Premierminister Conte zurück?**
- **Italienisch–Libysche Kooperation kostet Menschenleben**
- **Seenotrettung und Kriminalisierung**
- **Arzt aus Lampedusa fordert Untersuchungskommission für die Verbrechen auf dem Mittelmeer**
- **„Decreto Sicurezza bis“ – das neue Sicherheitsgesetz**
- **Die Folgen des Sicherheitsdekrets – immer unmenschlichere Aufnahmebedingungen**
- **Dublin-Rückführungen nach Italien**

Liebe Leser*innen,

[Ausgang der Europawahlen in Italien](#)

Am 26.05.2019 wurde die Lega mit [34,26%](#) ins Europaparlament gewählt. Ein massiver Erfolg für die Partei, die bei den letzten [Europawahlen 2014](#) lediglich 6,2% der Stimmen bekam. In allen zwanzig italienischen Regionen gibt es mindestens eine Gemeinde, in der die Lega [über 40%](#) der Stimmen gewinnen konnte.

Besonders auffällig ist der hohe Zuspruch für die Lega an den Orten, die zu zentralen Knotenpunkten der Migration geworden sind: Lampedusa und Riace.

In Lampedusa kommt es nach wie vor regelmäßig zu [Anlandungen von Geflüchteten](#), die eigenständig in kleineren Booten die Insel erreichen. Dort bekam die Lega [46%](#) der Stimmen, also knapp die Hälfte.



Im „Willkommensdorf“ [Riace](#), welches durch den Bürgermeister Domenico Lucano als ein Ort des politischen Widerstandes und der Aufnahmefreundlichkeit bekannt geworden ist, bekam die Lega [30,75%](#) der Stimmen. Salvinis Propaganda gegen Lucano zeigte also Wirkung und seine Anstrengungen, den Bürgermeister von Riace zu diffamieren wurden belohnt. Das ist ein klares Zeichen der Italiener*innen gegen die Aufnahme von Migrant*innen und für die nationalistische Politik Salvinis und der Lega. In diesem Sinne interpretiert auch der Innenminister selbst die [Wahlergebnisse](#) und stellt fest: „*Natürlich ist die regulierte Einwanderung nicht nur eine Laune von Salvini, sondern eine der ersten Schlachten, die wir im neuen Europäischen Parlament schlagen und gewinnen werden*“.

Ein wichtiges Kriterium zur Beurteilung des Wahlausgangs ist die niedrige [Wahlbeteiligung](#)

von knapp 55%. Wenn sich fast die Hälfte der Bevölkerung nicht an der Europawahl beteiligt, aber vor allem Wähler*innen rechtskonservativer oder gar ultrarechter Parteien wählen gehen ist das Ergebnis nicht verwunderlich. Somit führen zerstrittene linke Parteien und niedrige Wahlbeteiligung wieder einmal nur zu einer Stärkung der rechten Parteien im Europaparlament.

Die [Fünf-Sterne-Bewegung](#) ist die derzeit amtierende Koalitionspartnerin der Lega in der italienischen Regierung und erreicht in den Europawahlen 17,06%. Mit diesem Ergebnis wird deutlich, bei welcher der beiden Regierungsparteien die Sympathien in der Bevölkerung liegen.

Einen Gewinn an Stimmen konnte die [Demokratische Partei](#) verzeichnen, die mit 22,74% die erfolgreichste Partei nach der Lega ist. Dieser Erfolg ist vor allem dem „Doktor der Migrant*innen“, [Pietro Bartolo](#), zuzuschreiben, der seit ca. 30 Jahren Schiffbrüchige auf Lampedusa behandelt und sowohl bekannt als auch beliebt ist. Viele der vergebenen Stimmen, galten ihm persönlich und so wurde er über die Liste der Demokrat*innen ins Europäische Parlament gewählt.

[Brief der UNO an Italien – Salvini wirft ihr inkorrektes Vorgehen vor](#)

Mitte Mai sendete der Hochkommissar für Menschenrechte der Vereinten Nationen einen Brief an die italienische Regierung, in welchem er darlegte, dass das neue ‚Sicherheitsdekret bis‘ die Menschenrechte verletze. Der italienische Außenminister [bestätigte den Eingang des Schreibens](#) und dessen Weiterleitung an das Innenministerium. Dem Innenminister gefällt dieses offensichtlich nicht und er greift, wie schon so oft, zum Mittel der Fake News, um seinem Unmut Ausdruck zu verleihen: Die UNO habe erst die Medien informiert und dann die Regierung, das sei absolut inkorrekt. Salvini hätte recht, wenn es sich denn so zugetragen hätte. Die [Tageszeitung Avvenire deckte auf](#), dass der Brief am 15. Mai an den

italienischen Botschafter der UN in Genf übergeben worden sei – also drei Tage bevor der *Avvenire* die Nachricht brachte. Das italienische Außenministerium hatte sich nicht beschwert, es muss also von einem korrekten Ablauf ausgegangen werden. Die wütenden Kommentare Salvinis lassen eher den von ihm ausgeübten Druck auf Premier Conte vermuten, so *Avvenire*, diesen Brief entweder mit Nichtachtung zu strafen oder sich aber vom Innenminister in die Feder diktieren zu lassen, dass die italienische finanzielle Unterstützung der UNO bald magerer ausfallen könnte. Fakt ist, Salvini hat auf ein starkes Libyen gehofft, das ihm die Drecksarbeit der Abschottung abnimmt. Der erneute Ausbruch des Bürgerkriegs jedoch straft seinen Versprechungen Lügen. Der nächste Schritt, so *Avvenire*, wird wohl das Leugnen der Kriegssituation im zerrissenen Libyen sein.



Demonstration für Grenzöffnung mit der spanischen Karawane, Juli 2018, Foto: Redattore Sociale

Gegenbewegungen und Proteste

Trotz Wahlerfolg der Lega und großem Zuspruch in der Bevölkerung wird deutlich, dass eine nationalistisch-konservative Politik nicht im Sinne aller Bürger*innen Italiens ist. Es gibt Widerstand, alternative Aufnahmekonzepte und Versuche, eine offene Gesellschaft zu schaffen, die geschlossene Häfen und Mauern überwindet.

Sowohl Privatpersonen als auch öffentliche Akteur*innen leisten Widerstand gegen die von Salvini und seinen Kolleg*innen verfolgte Politik. In ganz Italien gibt es [Demonstrationen](#) und [Veranstaltungen](#), sowohl von [Migrant*innen](#) als auch von Italiener*innen, die für eine offene Gesellschaft eintreten. Menschen gehen in den [Hungerstreik](#) oder äußern

ihre Meinung durch sichtbare Protestbanner an Fenstern und Balkonen. Letzte Aktion wurde besonders berühmt, nachdem eines der ersten [Protest-Banner](#) („du bist nicht willkommen“) in Bergamo von der Feuerwehr auf Anordnung der Gemeinde entfernt wurde.

In Bologna erklärten sich 27 Personen (sowohl Paare, Familien als auch Einzelpersonen) bereit, die 30 von der *Mare Jonio* am 09.05.2019 geretteten Geflüchteten aufzunehmen. Die [Mare Jonio](#) hatte im Gegensatz zu einem Schiff der italienischen Marine, welches zeitgleich gerettet hatte, keine Erlaubnis erhalten, in einen italienischen Hafen einzufahren. Sie gründeten den Verein *Vesta*, um eine Gegenbewegung zur aktuellen Politik aufzubauen und zu zeigen, dass Italien kein Land der geschlossenen Häfen und der Ablehnung ist, sondern eines der [„Accoglienza“](#), einer warmen und herzlichen Aufnahme von Gästen.

Auch Bürgermeister*innen und kirchliche Akteur*innen unternehmen in ihrem Rahmen Schritte gegen die aktuelle Politik: In Palermo ließ [Leoluca Orlando](#) 40 Migrant*innen [im Melderegister eintragen](#), was laut des neuen Sicherheitsdekretes für Inhaber*innen bestimmter Titel nicht mehr möglich ist. Der [Priester Don Biancalani](#) aus Florenz spricht sich klar für die Aufnahme von Migrant*innen aus und verkündet, dass seine Gemeinde für alle Personen in Not einen Platz hätte.

Auch Gerichtsentscheidungen aus [Florenz](#) und [Bologna](#) ermöglichen den betroffenen Migrant*innen die Wohnsitznahme entgegen den Vorgaben des Sicherheitsdekretes.

Tritt Premierminister Conte zurück?

Schien es vor der Europawahl noch so, als würden die Regierungsparteien nur streiten und sich dann, wie immer schnell, wieder einig sein (denn es gilt, weiterhin am Hebel der Macht zu sitzen) ist nun das eingetreten, was jeder ein wenig beobachtende Mensch hätte voraussagen können – die einzig Blinde unter den Sehenden scheint die Fünf-Sterne-Bewegung zu sein. Der Streit über Themen wie

Migration, Steuern und Infrastruktur geht auch nach dem 26. Mai weiter – nur mit leicht veränderten Machtverhältnissen. Während die Fünf-Sterne bei der Wahl verloren haben hat die Lega zugelegt und wird ihr Ziel, alleinige Herrscherin zu werden, weiterverfolgen. Es war absolut absehbar, dass sich die Lega ihrer „Partnerin“ entledigt, sobald dies möglich ist, nur die Fünf-Sterne wollten dies im Taumel der Macht und trotz ihrer Unterfahrenheit nicht wahr haben. Dazwischen steht nun [Premier Giuseppe Conte, der am 3. Juni drohte](#), zurückzutreten, wenn sich die beiden Regierungspartner nicht klar für die Weiterführung der Koalition oder für Neuwahlen entscheiden wollen. Bleibt abzuwarten, was das geringere Übel ist.

Italienisch–Libysche Kooperation kostet Menschenleben

Obwohl sich der Bürgerkrieg in Libyen durch die angestrebte Machtübernahme von General Haftar immer weiter zuspitzt und sich besonders die Lage der in den Auffangzentren festsitzenden Migrant*innen täglich verschlimmert, werden regelmäßig Menschen auf ihrer Flucht über das Mittelmeer von der sogenannten libyschen Küstenwache eingefangen und in genau die unmenschlichen Bedingungen zurückgeschickt, denen sie entflohen waren. Dies geschieht nicht nur im Wissen der europäischen Staaten, sondern sogar mit ihrer aktiven Hilfe. Lesen Sie [hier](#) mehr dazu.

Seenotrettung und Kriminalisierung

NGOs sind kein ‚Pullfaktor‘

[Das belegt Matteo Villa](#) vom Institut für italienische Politikstudien (ISPI) erneut. Er untersuchte die Aktivitäten der NGO Schiffe und die Abfahrten von Geflüchteten aus Libyen im Mai 2019. Würden die NGOs zu vermehrten Abfahrten beitragen so hätte die Zahl im Mai drastisch sinken müssen, da sich keine Schiffe vor der libyschen Küste befanden, das ist aber nicht der Fall. Sein Vergleich zeigt: In den Tagen, in denen NGOs vor der Küste fuhren, sind

379 Menschen nachweislich abgefahren, in den Tagen ohne jegliche Hilfe waren es 1.631!

Tote in Kauf genommen

Dennoch hört man vom Innenministerium weiterhin, dass die Häfen in Italien geschlossen bleiben. Das führte zu einer 24-stündigen Verzögerung im Fall eines Flüchtlingsbootes, das am 29. Mai in Seenot geriet. Die italienische Marine blieb untätig in der Nähe des Bootes, bis sie schließlich doch rettete. Die Geflüchteten wurden von der Cigala Fulgosi nach Genua gebracht. [Der Fall wurde öffentlich](#), da die Geflüchteten das Alarm Phone angerufen hatten. Sie hatten dem Alarm Phone auch mitgeteilt, dass ein Kind gestorben sei. Diese Nachricht wurde unter Angabe der Quelle – die Migrant*innen an Bord – vom Alarm Phone getwittert.



Die Marine ließ nach der Rettung verlauten, man habe keine Toten an Bord gefunden. Nicht etwa die Untätigkeit der italienischen Marine über mehr als 24 Stunden, sondern die angebliche Fake News des Alarm Phones über das tote Kind macht daraufhin Schlagzeilen. Am 2. Juni in Genua angekommen berichteten die Geflüchteten jedoch, [dass sie sehr wohl Menschen an Bord verloren hätten](#).

Kriminalisierung geht weiter

In den letzten Monaten wurden die rettenden zivilen Schiffe immer wieder mit kurzzeitigen Konfiszierungen bestraft. Maurice Stierl von der Universität Warwick und Aktivist des Alarm Phones, und Sandra Mezzadra fassen

das derzeitige Geschehen in ihrem „[Das Mittelmeer - Schlachtfeld der Migration](#)“ zusammen. Weitere Infos zur Seenotrettung und der italienischen Politik finden Sie [hier](#).

Informationen zu den Seenotrettungsfällen über das Alarm Phone finden Sie [hier](#).

„Organisierter Angriff auf die Bevölkerung“

Die Politik der Verweigerung der Seenotrettung ist jedoch keine rein italienische Erfindung. Sie führte nun zu einer [Strafanzeige vor dem Internationalen Strafgerichtshof in Den Haag](#) gegen die gesamte EU: „Die EU sei durch ihre Politik verantwortlich für ‚den Tod Tausender Menschen durch Ertrinken‘, sowie die Gefangennahme, Versklavung, Folter und Ermordung von Flüchtlingen. Die Begründung: Die Europäische Union fördere den Rücktransport zehntausender Geflohener nach Libyen durch die libysche Küstenwache, heißt es in der 241-seitigen Strafanzeige“, berichtete der Spiegel am 3. Juni. [Maurice Stierl ergänzt](#): „Die täglichen Dramen im Mittelmeer sind nicht das Ergebnis eines fehlenden europäischen Engagements auf See. Wie die Klage vor dem Internationalen Strafgerichtshof hervorhebt sind sie die Folge einer europäischen Migrationspolitik, die das zentrale Mittelmeer aktiv zur tödlichsten Migrationsroute der Welt gemacht hat.“

Die EU habe die Kriminalisierung der zivilen Seenotrettung (vor allem in Italien) zugelassen, um diese zum Erliegen zu bringen. All dies habe das Ziel gehabt, die so genannte libysche Küstenwache beim Aufgreifen von Flüchtlingen zum wichtigsten Akteur im Mittelmeer zu machen, argumentieren die Anwälte. Die so genannte libysche Küstenwache bringt Flüchtlinge zurück nach Libyen - aus Sicht der Juristen handelt es sich dabei angesichts der katastrophalen Zustände in dem Land um eine ‚illegale Zurückweisung‘ nach internationalem Recht. Da die EU gewusst habe, dass dies illegal sei, habe sie sich mit der so genannten libyschen Küstenwache „verschworen, sodass jene diese Politik umsetzen würde. (...) Die Politik der EU und ihrer Mitgliedsstaaten im

Mittelmeer sei im Wissen ‚um die tödlichen Konsequenzen‘ beschlossen worden. Es handle sich um einen ‚organisierten Angriff auf die Zivilbevölkerung‘“, zitiert der Spiegel weiter.

[Arzt aus Lampedusa fordert Untersuchungskommission für die Verbrechen auf dem Mittelmeer](#)

Der bei der Europawahl für die Demokratische Partei gewählte Arzt aus Lampedusa, Pietro Bartolo, verkündet, dass [er eine Untersuchungskommission](#) für die Verbrechen auf dem Mittelmeer einrichten lassen will. Das habe nichts mit Gutmenschentum, sondern mit Respekt für die Menschenrechte in Europa zu tun, so Bartolo. Er wolle aufklären, damit die Menschen ernsthaft entscheiden können, auf welcher Seite sie stehen wollen. Es seien so viele Lügen in den Medien verbreitet worden, die die Italiener*innen dazu bewegt haben, einen anderen, rechtsgerichteten Weg einzuschlagen. „Wenn ein Fischer, und ich war auch einer, ein Flüchtlingsboot vor sich hat, dann denkt er nicht darüber nach, ob er 10.000 Euro auf der Bank hat oder nicht. Die Fischer retten alle, danach bitten sie vielleicht um einen Kredit. Am Montag [den 27. Mai, Anm. der Red.] sind wir in einem schwärzeren und dunkleren Italien aufgewacht, ich will ein Leuchtfeuer.“

„Decreto Sicurezza bis“ – das neue Sicherheitsgesetz

Während Innenminister Salvini weiterhin jegliche Einfahrt von geretteten Migrant*innen nach Italien verweigert, haben im Mai 2019 dennoch über [700 Menschen](#) die italienische Küsten erreicht. Neben zahlreichen eigenständigen Ankünften wurden Rettungsaktionen von der [Italienischen Marine](#) und den zivilen Rettungsschiffen [Mare Jonio](#) und [Sea Watch 3](#) ausgeführt. Auf diese Rettungsaktionen reagiert Salvini mit einer [Verschärfung seines Sicherheitsdekretes](#), indem der eine Geldstrafe für jedes Rettungsschiff, welches Migrant*innen an Land bringt, in Höhe von 20.000€ - 50.000€ einführen will. Salvini steht

mit seinen Bemühungen, die [zivile Seenotrettung zu kriminalisieren](#) nicht allein: In ganz Europa nimmt die [Strafverfolgung von Aktivist*innen](#) zu, die sich solidarisch mit Migrant*innen zeigen.

„Solange ich Innenminister bin, bleiben die Häfen geschlossen!“ Bereits im März und April 2019 veröffentlichte das Innenministerium zwei Runderlasse, in denen vor allem die Arbeit der unter italienischer Flagge fahrenden Mare Jonio endgültig eingeschränkt werden sollte. Das löste einen handfesten Regierungstreit aus, weil er damit seine Kompetenz als Innenminister überschreitet. [Salvinis Maßnahmen](#) stehen rechtlich gesehen auf dünnem Eis. Die Strafen für Seenotrettende widersprechen dem internationalen Seerecht, wonach Menschen in Seenot gerettet werden *müssen*. Ebenso wird das Prinzip des Non-Refoulements, nachdem Menschen nicht in ein Land zurückgeschickt werden dürfen, in denen ihnen Gefahr für Leben und Leib droht, verletzt, denn es obliegt dem/der Kapitän*in zu entscheiden, ob der Hafen sicher ist oder nicht. In Libyen gibt es, wie auch der UNHCR und viele anderen Organisationen festgestellt haben, keine sicheren Häfen. Eine Zurück-schiebung in einen unsicheren libyschen Hafen ist somit nicht rechtmäßig. Sowohl [Jurist*innen als auch Regierungskolleg*innen](#) wenden sich mittlerweile gegen den Innenminister und der Ton zwischen Befürworter*innen und Gegner*innen wird zunehmend schärfer.

Auch die UN spricht sich in einem [11-seitigen Schreiben](#) gegen das Sicherheitsdekret aus und fordert Salvini auf, es zurückzunehmen, weil es gegen die Menschenrechte verstößt. Weiterführende Informationen zu diesem Thema können Sie [an dieser Stelle](#) finden.

Eine weitere [Neuerung des Dekretes](#) sieht vor, Strafen für Sachbeschädigungen, die auf Demonstrationen begangen wurden, zu erhöhen. Organisierende der Demonstrationen sollen dafür verantwortlich gemacht werden, wenn andere Personen im Rahmen der Demonstra-

tion Schaden verursachen. Er greift damit einen Polizeitext aus dem Jahr 1930, der unter Mussolini erstellt wurde, auf und verfolgt das klare Ziel, die Menschen von öffentlichen Demonstrationen abzuhalten. Mit Demokratie und dem Recht auf Versammlungsfreiheit hat das nichts mehr zu tun.



Foto: Borderline Sicilia

[Die Folgen des Sicherheitsdekrets – immer un-menschlichere Aufnahmebedingungen](#)
Überall gibt es [neue Ausschreibungen zur Betreiber-schaft](#) der Zentren – viel weniger Geld, sehr viel weniger Angebot für die Geflüchteten. Wir reden hier nicht von Freizeitangeboten, sondern von Grundrechten wie medizinischer Versorgung, Dolmetscher*innen, psychologischer Betreuung. In vielen Landsteilen hat die Caritas sich geweigert, sich an diesen neuen Ausschreibungen zu diesen Bedingungen zu beteiligen.

Im Januar [versuchten drei Geflüchtete in Palermo](#), die einen Aufenthaltstitel hatten, jedoch aus den „Notstands“zentren CAS hinausgeworfen wurden, eine neue Unterkunft zu finden. Vergeblich klopfen sie an die Pforten verschiedener Zentren, um Schutz vor Regen und Kälte zu finden. In seiner Verzweiflung drohte einer der Betroffenen, die Tür einzutreten, wenn man ihn nicht hineinließe. Daraufhin wurden zwei der Geflüchteten wegen Stalking verhaftet. Rechtlich gesehen können Geflüchtete mit dem neuen Gesetz unter bestimmten Umständen den Platz der Unterkunft verlieren, doch oftmals handelt es sich auch um Repressionen durch die Heimleitungen, die sich gern von Geflüchteten befreien

möchten, die über die Zustände protestieren. Fakt ist, dass das Herauswerfen aus den Unterkünften in den letzten Monaten zu immer mehr obdachlosen Geflüchteten führen.



Cara von Mineo

Eine Kulturmittlerin berichtet in einem auf [Borderline Sicilia veröffentlichten Artikel](#), dass vor allem die medizinische Versorgung zu den am meisten vernachlässigten Aspekten gehöre, und dass dies einem politischen Willen geschuldet sei: *„Die Situationen der Einzelnen sind so komplex und so unterschiedlich, dass es sehr schwer ist, sich einen Eindruck von der Gesamtsituation zu machen. Außerdem liegen bisher zu wenige Daten vor. Es drängt sich die Frage auf, ob dieser Zustand der Unklarheit und Verwirrung nicht zu den eigentlichen Hauptzielen dieser Regierung gehört, die gewisse, mit den internationalen Migrationsphänomenen verbundene Thematiken regelrecht leugnet, so ein zunehmend angespanntes soziales Klima schafft, die zwischenmenschlichen Distanzen immer mehr vergrößert, Migrant*innen isoliert, ihre Rechte mit Füßen tritt und sie in vollkommene soziale Unsichtbarkeit zwingt.“*

[Überall im Land werden Aufnahmezentren geschlossen](#), um die Plätze dann auf wenige Betreiber und große Zentren mit geringen Standards und wenig Personal zu verteilen.

Obwohl das Verwaltungsgericht der Region Basilicata in zwei kürzlich gefällten Urteilen festlegte, dass das Sicherheitsdekret nicht rückwirkend (also für Fälle vor dem 5.10.2018) anzuwenden sei, scheren sich die

Präfekturen wenig darum und [setzen Geflüchtete vor die Tür](#), wenn sie einen humanitären Aufenthalt erhalten. So wurde in Matera eine junge schwangere Nigerianerin, die sich schon lange in Italien aufhält und im Klageverfahren durchgesetzt hatte, einen humanitären Titel zu erhalten, mit ihrem einjährigen Kind auf die Straße gesetzt. Sie hatte trotz ihrer Vulnerabilität als junge Mutter keine Unterbringung in einer Zweitunterkunft (ex SPRAR, jetzt SIPROIMI) erhalten, war also eh schon unter Standard versorgt worden. Nun ist unklar was aus ihr und ihrem Kind werden soll.

Wo das Aufnahmesystem Tote fordert

Harry war gerade einmal 18 Jahre alt. Er kam 2017 über das Meer nach Italien, mit anderen unbegleiteten Minderjährigen war er aus Nigeria geflohen. In der Nacht vom 1. auf den 2. Juni [erhängte er sich in der Abschiebungshaft Brindisi](#). Harry wurde in den letzten zwei Jahren von einem CAS (außerordentliches Aufnahmezentrum) in ein anderes geschoben, große Einrichtungen mit mehr als 100 Menschen. Die Behörden gingen nicht auf seine psychischen Leiden ein, obwohl sie vom CAS, von den Sozialdiensten und von den psychiatrischen Diensten immer wieder gemeldet wurden und er mehrfach aufgrund schwerer Krisen ins Krankenhaus eingeliefert werden musste. Im Juni 2018 bemühten sich die Sozialbetreuer*innen um eine Unterbringung in einer für ihn geeigneten Zweitunterkunft SPRAR, um eine richtige medizinische Betreuung zu erhalten, doch statt dessen wurde er wieder in andere CAS verlegt, seine Leiden nicht behandelt. Schließlich verlor er mit seiner Volljährigkeit seinen Aufenthaltstitel und landete Ende März 2019 in der Abschiebungshaft in Brindisi. Dort hat er nie eineN Psychiater*in zu Gesicht bekommen, obwohl er immer wieder darum bat. Statt dessen wurde er mit Tabletten ruhiggestellt – ohne jegliche ärztliche Untersuchung und Verschreibung. Harry hat es nicht mehr ausgehalten und seinem Zustand ein Ende gesetzt.

Dublin-Rückführungen nach Italien

Während nur 857 Geflüchtete vom 1.1. bis 8.5.2019 Italien über See erreicht haben wurden im gleichen Zeitraum 710 Menschen im Rahmen des Dublin-Verfahrens nach Italien rücküberstellt. So hat allein Deutschland 2.848 Menschen im Jahr 2018 auf der Grundlage der Dublin-Verordnung zurückgeschickt. Von Frankreich waren es 1.500 Personen, 1.103 von Österreich und 728 von der Schweiz berichtete die [Tageszeitung Il Sole 24 ore](#). Die Zahl der von Deutschland nach Italien zurückgebrachten Geflüchteten sei im Vergleich zu den 15,1 % in 2017 auf 24,5 % in 2018 gestiegen.

Dazu passt auch die [Entscheidung des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge](#), die Überstellungen nach Italien wieder "uneingeschränkt" durchzuführen. Bislang hatte das BAMF für Kinder unter drei Jahren und ihre Familien individuelle Zusicherungen der italienischen Behörden für eine angemessene Unterbringung eingeholt bzw. auf Überstellungen dieser Personen nach Italien verzichtet. Nach der Mitteilung des BAMF wird diese Verfahrensweise nun nicht mehr angewandt.

Ein [Bericht der Schweizerischen Flüchtlingshilfe](#) und eine [Stellungnahme von borderline-europe](#) schildern die immer schwieriger werdenden Aufnahmebedingungen für Geflüchtete in Italien, die natürlich auch so genannte Dublin-Rückkehr*innen betreffen.

Weitere Infos und Artikel von [borderline-europe](#) finden Sie [auf unserer Homepage](#) unter den Rubriken ITALIEN – SEENOTRETTUNG und UNSERE ARBEIT.

Kontakt

borderline-europe
Menschenrecht ohne Grenzen e.V.
<https://www.borderline-europe.de/>
mail@borderline-europe.de
jg@borderline-europe.de